53. Jahrgang. № 83. Mittwoch, 24. März 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (am Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher gegebenen Abend-Nachrichten erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gleichzeitig zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite (Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 20 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Carola-Chocolade.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Amateur-Photographie **Cyko-Papier** Modernes Matt-Gaslichtpapier. **Carl Plaul,** Königl. u. Prinzl. Hoflf. Wallstr. 25.

Schläuche Klappen Platten Ringe Schnüre Walzen Puffer Riemen aus **Gummi Guttapercha Asbest** fertigt in garantirt haltbaren Qualitäten **E. Böhme** Dresden Ferdinandstr. 13.

Biesolt & Lockes Meissner Nähmaschinen haben Weltruf! * Haupt-Niederlage bei **M. Eberhardt,** Mechaniker Dresden, Marienstrasse 14. Reparaturen aller Systeme in eigener Werkstatt.

Zur Darmreinigungskur im März, sowie zur Vernichtung aller Art Eingeweidewürmer gebrauche man Medizinalrat **Dr. Küchenmeisters** Wurm-Präparate. **Salomonis-Apotheke** DRESDEN-A., Neumarkt 8.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, veränderlich.

Der Reichstag erledigte gestern den Militär-Etat.

Die Finanz- und Steuerkommission des Reichstages begann die Beratung der neuen Branntweinsteuervorlage.

Gleichzeitig mit der Ueberreichung der österreichischen Note in Belgrad wird, wie verlautet, die Mobilisierungsorder veröffentlicht werden.

England, Rußland und Frankreich wollen im österreichisch-serbischen Zwist einen neuen vermittelnden Text für die von Serbien abzugebende Erklärung vorschlagen.

Die Probefahrten mit dem neuerbauten „Groß II" werden in nächster Zeit erfolgen; Graf Zeppelin mußte die für gestern geplante Fahrt nach München verschieben.

Die Pariser Post- und Telegraphenbeamten haben beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die nordamerikanische Tarifrevision

ist wirklich in das Stadium der praktischen Erledigung getreten und beschäftigt seit gestern den eigens zu diesem Zwecke zusammenberufenen außerordentlichen Kongreß. Dieser Erfolg der Tarifreformbestrebungen in den Vereinigten Staaten hat in gewissem Sinne etwas Ueberraschendes an sich, wenn man bedenkt, daß die Aussichtslosigkeit aller Versuche, das amerikanische Hochschutzzollsystem zu durchbrechen, auf absehbare Zeit geradezu zum politischen Dogma geworden zu sein schien und daß noch jüngst aus Anlaß der Neuwahl des Präsidenten selbst handelspolitisch wohlinformierte deutsche Blätter vor irgendwelcher Illusion auf dem Gebiete der Washingtoner Zollpolitik warnen zu müssen glaubten. Wenn trotzdem die Angelegenheit so unerwartet rasch von dem Nachfolger des Präsidenten Roosevelt in Angriff genommen worden ist, so zeugt das von einer Kraft der auf das Ziel der Tarifrevision gerichteten amerikanischen Volksbewegung, wie wir sie hierzulande in solchem Maße nicht vermutet hatten. Die öffentliche Meinung des Auslandes hatte um so mehr Grund, sich der verheißenen Tarifreform skeptisch gegenüberzustellen und sie als wertloses altes Eisen der amerikanischen Wahltaktik zu betrachten, weil Roosevelt selbst noch vor kurzem erklärte, daß es durchaus unrätlich sei, das bestehende Schutzzollsystem zu beseitigen oder gewaltsame radikale Aenderungen daran vorzunehmen, und weil ferner der neue Präsident Taft unmittelbar vor seiner Wahl versicherte, er werde von seinem Vetorecht gegenüber jeder Tarifänderung Gebrauch machen, die sich irgendwie von den Grundsätzen des republikanischen Parteiprogramms entferne. Bei den bisher mit derartigen offiziellen Kundgebungen amerikanischer Staatsmänner gemachten Erfahrungen war es nur natürlich, daß das ausländische Urteil daraus die Absicht entnahm, die Tarifreform überhaupt nach wie vor zu hintertreiben. Mit um so größerer Genugtuung werden daher die handelspolitisch interessierten Kreise die tatsächlich erfolgte parlamentarische Inangriffnahme der Tarifrevision begrüßen. Der erste Schritt auf der Bahn erleichterter Handelsbeziehungen zu der Union ist damit jedenfalls getan, und die weitere Entwicklung wird nun davon abhängen, daß die vorgeschlagene Neuordnung des amerikanischen Tarifwesens glücklich über alle Klippen der parlamentarischen Behandlung hinweggeführt und in einer Gestalt verabschiedet wird, die den fremden Nationen greifbare Vorteile bietet und die ganze Aktion nicht bloß zu einem Scheinmanöver stempelt.

Daß es sich bei der jetzigen Tarifrevision in keiner Weise um eine Preisgabe des grundsätzlichen Schutzzollsystems handelt, braucht nicht besonders betont zu werden, weil eine solche Erwartung vernünftigerweise überhaupt nicht gehegt werden konnte. In Frage kommen lediglich solche Maßnahmen, die in das starre, zugunsten der Trusts übermäßig ausgebaute Hochschutzzollprinzip der großen transatlantischen Republik insoweit Bresche legen, als es unbedingt erforderlich ist, um dem ausländischen Handelsverkehr einen größeren, mit dem amerikanischen Eigeninteresse verträglichen Spielraum zu schaffen. Die bisherigen krassen Uebertreibungen des Schutzzollgedankens, in denen die Union unbedingt den Weltrekord erreicht hatte, sollen beseitigt und an ihrer Stelle vernünftigere Bestimmungen getroffen werden, die es ermöglichen, den latenten wirtschaftlichen Kriegszustand Amerikas gegen die übrige Handelswelt endlich aufzuheben und die handelspolitischen Beziehungen der Vereinigten Staaten auf eine die Anforderungen des internationalen Verkehrs besser berücksichtigende Grundlage zu stellen. Die Vorlage der amerikanischen Regierung sucht diesen Zweck dadurch zu erreichen, daß sie zwei wesentliche Neuerungen einführt, einen Höchst- und Mindesttarif und veränderte Grundsätze für die Wertfestsetzung der Einfuhrwaren. Die Abkehr vom Einheitstarif, der nur für wenige bestimmte Waren, wie Wein, Branntwein, Gemälde und Bildhauerarbeit, eine vertragliche Ermäßigung zuließ, bedeutet ohne Frage einen bemerkenswerten Erfolg der Revisionisten, der um so höher einzuschätzen ist, je mehr die Vorlage mit fühlbaren Erleichterungen im Minimaltarif ernst macht. In einem Stimmungsbericht aus Washington heißt es, daß der erste Eindruck des Tarifentwurfs in der Oeffentlichkeit das Erstaunen über die verhältnismäßig zahlreichen Ermäßigungen im Mindesttarif und die geringen Erhöhungen im Höchsttarif gewesen sei. Die Absicht der Regierung geht dahin, daß der neue Mindesttarif den Ländern gewährt werden soll, die Amerika das Recht der Meistbegünstigung einräumen, während der Höchsttarif, der im wesentlichen auf die Sätze des jetzt geltenden Einheitstarifs beschränkt bleibt, auf die übrigen Staaten Anwendung findet, die sich zu der Bewilligung des Meistbegünstigungsrechts nicht verstehen. Vorausgesetzt, daß die in dem Entwurf vorgesehene Spannung von 20 Prozent zwischen den Sätzen des Höchst- und Mindesttarifs bestehen bleibt, würde der neue Mindesttarif unverkennbar den mit Amerika im Handelsverkehr stehenden Nationen ein ziemlich wertvolles Zugeständnis bieten.

Nicht das gleiche läßt sich dagegen von der in Aussicht genommenen anderweitigen Methode der Wertermittlung der Einfuhrwaren sagen, nach der für die Verzollung nicht mehr, wie bisher, der Herstellungswert im Ursprungslande, sondern der höhere Verkaufswert in den Vereinigten Staaten als Grundlage dienen soll. Da diese Vorschrift speziell für solche hauptsächlich von Deutschland ausgeführten Waren gelten soll, die nur für den Export nach Amerika angefertigt oder zum Kommissionsverkauf in Amerika eingeführt werden, so würde gerade der deutsche Handel von dem neuen Wertabschätzungsverfahren vornehmlich betroffen werden. Es ist daher durchaus angebracht, wenn angesichts dieser drohenden Maßnahme deutsche handelspolitische Blätter auf die darin enthaltene versteckte Zollerhöhung für deutsche Waren der bezeichneten Art hinweisen und die Regierung auffordern, die deutsche Meistbegünstigung nicht ohne weiteres aus der Hand zu geben, sondern darauf hinzuwirken, daß solchen Belästigungen des deutschen Ausfuhrhandels, wie sie die vorgeschlagene neue Methode der Wertfestsetzung einschließt, gründlich vorgebeugt wird. Das gegenwärtige handelspolitische Verhältnis zwischen Deutschland und Amerika trägt den Charakter eines Provisoriums, das vom Reichstage vor zwei Jahren nur in der Erwartung bewilligt wurde, daß es den baldigen Abschluß eines regelrechten Tarifvertrages einleiten werde. Nach diesem Provisorium haben wir den Vereinigten Staaten nur solche zollpolitischen Zugeständnisse bewilligt, die anderen Staaten auf Grund des neuen Zolltarifs ebenfalls schon gewährt worden waren. Dabei sind wir vorsichtig genug gewesen, die sonst in Tarifverträgen übliche Meistbegünstigungsklausel in das provisorische Abkommen nicht einzufügen, so daß die Vereinigten Staaten alle von uns eingeräumten Bevorzugungen aus besonders stipulierten vertragsmäßigen Rechten, nicht auf Grund der Meistbegünstigung genießen. Wir haben also in der Meistbegünstigung den Amerikanern noch ein wesentliches Zugeständnis zu bieten, das wir so teuer wie irgend möglich verkaufen müssen. Der Erfolg, den wir bereits unter dem bisherigen Tarif durch die Beseitigung gewisser unerträglicher schikanöser Härten in der Handhabung der amerikanischen Zollbestimmungen erzielt haben, mag der deutschen Regierung ein Ansporn sein, auch dem neuen amerikanischen Tarif gegenüber mit dem größten Nachdruck unsere berechtigten eigenen Interessen zu vertreten. Auf amerikanischer Seite scheint die Meinung zu bestehen, daß die fremden Nationen sich um den Minimaltarif förmlich reißen müßten. Wenigstens läßt darauf die Aeußerung eines Mitgliedes des Repräsentantenhauses bei der Eröffnung der Tarifdebatte schließen, England werde die Mindestzölle genießen und es sei absolut sicher, daß die großen Mächte die Gelegenheit wahrnehmen würden, um sich die gleichen Vorteile zu sichern, wie England. Unbesehen wird jedenfalls Deutschland auf den amerikanischen Mindesttarif nicht zugreifen, sondern sich sehr genau seine endgültige Stellungnahme überlegen, um für den durch den bestehenden amerikanischen Tarif schon schwer genug geschädigten deutschen Handel nach Möglichkeit die größten Vorteile aus der Neuordnung des amerikanischen Tarifwesens herauszuschlagen. Vor allem heißt es erst einmal abwarten, was schließlich bei der Tarifrevision herauskommt. Die amerikanische Presse betrachtet im allgemeinen den Regierungsentwurf lediglich als eine Anregung im Sinne der nach amerikanischen Begriffen überhaupt diskutablen niedrigsten Zollsätze und rechnet sicher auf eine gründliche Umarbeitung der Vorlage im Senat mit wesentlich erhöhender Tendenz. Es ist also noch nicht aller Tage Abend, und ein einigermaßen zuverlässiges Urteil über den Charakter der Tarifrevision erscheint nicht eher möglich, als bis sich die Stellungnahme des Oberhauses der Republik, das den Trustmagnaten als Hauptbollwerk dient, geklärt hat.

Neueste Drahtmeldungen vom 23. März.

Zur Orientkrisis.

Berlin. (Priv.-Tel.) Oesterreich kauft in Mecklenburg große Massen Futtermittel zur schleunigen Lieferung ein.

Die Stellung der Mächte.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Verhandlungen zwischen Wien und London dauern fort. Bei den Verhandlungen ist es zu Meinungsverschiedenheiten gekommen, die aber nicht als unüberwindlich angesehen werden. Die Haltung Rußlands bleibt zweideutig. Die Aktion der Mächte in Belgrad hatte deshalb bisher nicht den gewünschten Erfolg.

Die Haltung Deutschlands.

Wien. Die „Polit. Korresp." führt aus: Ein Londoner Blatt, zu dessen Gewohnheiten es gehört, Deutschland als Urquell aller Gefahren der europäischen Politik zu betrachten, suchte im Verlaufe der Balkankrisis zu wiederholten Malen der Erhaltung des Friedens durch Warnungen Oesterreichs vor den Einflüsterungen Deutschlands zu dienen. Auch in den letzten Tagen erhob es einen solchen Mahnruf. Im Hinblick auf das wiederholte Auftauchen solcher Auslassungen in ausländischen Blättern erscheint die Erklärung angemessen, daß für die Bemühungen zur Rettung Oesterreichs vor den Abgründen der deutschen Politik kein weniger geeigneter Augenblick gewählt werden konnte als der jetzige. Seit der Stunde, in der Oesterreich die letzten natürlichen, von ganz Europa vorausgesehenen Konsequenzen seiner in Bosnien und der Herzegowina seit Jahren erworbenen Stellung gezogen hat, trat Deutschland für das Recht und die Vorgangsweise der verbündeten Macht ohne das geringste Zaudern mit einer Nachdrücklichkeit und Beharrlichkeit ein, die hier kein anderes Gefühl als das der Anerkennung wecken konnte. Ohne den leisesten Versuch, auf die Entschlüsse, die Oesterreich für die Weiterführung seiner bosnischen Angelegenheit mit Selbständigkeit zu fassen hatte, Einfluß zu nehmen, hat das Berliner Kabinett mit freundschaftlichem Eifer alles getan, was es im Hinblicke auf das vor Jahrzehnten geschlossene Verhältnis zur Monarchie, in Erwiderung der von dieser erwiesenen Treue und zum Schutze der Stellung der alliierten Mächte auf dem Gesamtgebiete der europäischen Politik als seine Pflicht erkannt hat. Angesichts solcher Versicherungen sei es mit allem Nachdruck erklärt, daß man in Wien die Haltung Deutschlands an der Seite Oesterreichs in der jetzigen ernsten Phase der Balkanangelegenheit als Muster tadelloser Bündnistreue und warmer Freundschaft würdigt, und von der Behauptung, daß Deutschland der politische Mephistopheles Oesterreich-Ungarns sei, verschont bleiben möchte. Alle politischen Kreise, die auf dem Boden der Wirklichkeit bleiben wollen, haben damit zu rechnen, daß die Richtungslinien Oesterreichs und Deutschlands in bezug auf die in der nächsten Zukunft zu lösenden Probleme identisch sind und daß zwischen den Kabinetten und allen an diesen Aufgaben mitwirkenden Staatsmännern der beiden Reiche vollkommenes Verständnis und ungetrübter Einklang über das zu verfolgende Ziel und die zu wählenden Mittel herrscht.

Kronprinz Georg.

Wien. (Priv.-Tel.) Nach Meldungen aus Belgrad hatte König Peter gestern mit dem Kronprinzen Georg eine mehr als zweistündige Unterredung. Der König soll dem Kronprinzen scharfe Vorstellungen wegen seines provokatorischen Vorgehens gemacht und ihm gesagt haben, der französische und der russische Gesandte hätten in ihren jüngsten Audienzen die dringende Bitte an ihn gerichtet, daß der Kronprinz seine agitatorische Tätigkeit für den Krieg einstellen möge. Die Unterredung zwischen dem König und dem Kronprinzen soll mit einem scharfen Konflikt geendet haben. Der Kronprinz erklärte: Ich teile die Ansichten des gesamten serbischen Volkes und trete für dasselbe ein, weil ich sein zukünftiger König bin. Die Meinungen eines unaufrichtigen Ministers, wie Milowanowitsch kann ich nur auf das tiefste verachten.

Die österreichisch-serbischen Handelsbeziehungen.

Wien. Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Abgeordnetenhauses nahm das Ergänzungsgesetz über den Abschluß provisorischer Handelsverträge mit Bulgarien und Mexiko auf Grund der Meistbegünstigungen an mit einem Zusatzantrag, durch den die Regierung ermächtigt wird, Handelsbeziehungen mit denjenigen Staaten, für die sich die Erneuerung der bestehenden Vereinbarungen als notwendig erweist, ganz oder teilweise auf der bisherigen Grundlage zu regeln, und zwar mit der Bedingung, daß über den 31. Dezember 1909 hinaus nur diejenigen provisorischen Handelsverträge in Kraft bleiben, die

Fertig ist der Stuck von Friedrich Glöckner